

## Rezensionen

**Merridale, Catherine: Iwans Krieg. Die Rote Armee 1939–1945. Frankfurt/Main: S. Fischer 2006, 479 S., 22,90 €.**

Der britischen Historikerin geht es in ihrem Buch über die Rote Armee in der Phase des Zweiten Weltkrieges um die „wahren Geschichten“ dieses Krieges. Sie interessiert sich für den Kriegsalltag und die persönlichen Erfahrungen der sowjetischen Soldaten im „Großen Vaterländischen Krieg“ – jenseits des offiziellen Heldenmythos, der auch noch sechzig Jahre nach Kriegsende die poststalinistische Erinnerungskultur und „Gedenkindustrie“ prägt.

Merridale bezeichnet das in der sowjetischen Historiographie festgeschriebene und in den massenhaft errichteten Monumenten versteinerte Epos dieses furchtbaren Krieges als ein vom sowjetischen Staat geschaffenes „mythisch glitzerndes Truggebilde“, das die komplexe und allzu menschliche Wahrheit negiere. Von diesem Mythos hätten weniger die Kriegsveteranen profitiert als die Staatsfunktionäre, die die alljährlichen Gedenkfeiern, pompösen Paraden und Bankette zur Selbstdarstellung benutzten. Doch auch die Veteranen seien kaum in der Lage gewesen, die patriotisch verbrämten Täuschungen in Frage zu stellen, weil sie das für sie konstruierte Selbstbild und den Stolz auf ihren Sieg über den Faschismus nicht aufgeben wollten.

Die Autorin benutzt eine Vielzahl schriftlicher und mündlicher Quellen: Akten aus den Archiven der Russischen Föderation (GARF, RGWA, RGASPI, CAMO u. a.), Feldpostbriefe von Rotarmisten, Tagebücher von Soldaten, Offizieren und Politkommissaren, Berichte der Militär- und Geheimpolizei, armeeinterne Analysen zur Kampfmoral und dergleichen. Zusammen mit einem russischen Mitarbeiter führte sie rund 200 Interviews mit Veteranen durch und sammelte in Kampf-

gebieten wie Kursk, Kertsch, Kiew oder Smolensk Erinnerungen von einheimischen Augenzeugen. Daß diese Recherchen möglich waren, verdankt die Autorin zum einen den verbesserten Forschungsbedingungen in den staatlichen Archiven (wenngleich sich große Bestände nach wie vor unter Verschluss befinden oder anderen Formen der Zensur unterliegen), zum anderen einem neubelebten Interesse an der Geschichte des Krieges in der russischen Gesellschaft und einem offeneren Umgang der jüngeren Generation mit bisherigen Tabuthemen.

Das Buch beginnt mit eindrucksvollen Zahlen: Mehr als dreißig Millionen Sowjetbürger waren während des Zweiten Krieges für die Rote Armee mobilisiert worden; über acht Millionen Rotarmisten sind gefallen. Im Verlauf des Krieges wurde die Rote Armee mindestens zweimal völlig vernichtet und erneuert. Rekruten beschrieben sie als „Fleischwolf“, der immerzu Nachschub „holte, schulte, tötete“. In dieser anonymen Masse sucht Merridale nach den „Spuren des Rotarmisten Iwan“. Denn die Einstellungen, Verhaltensweisen und Kampfmotivation der sowjetischen Rekruten wurden bisher nicht untersucht: „Wir wissen z. B. nicht, woher sie kamen, geschweige denn, woran sie glaubten oder aus welchen Gründen sie kämpften. Wir wissen auch nicht, wie das Erlebnis dieses Krieges sie veränderte, wie seine unmenschliche Gewalt ihre Auffassung von Leben und Tod prägte [...]“

Die Autorin hinterfragt also das gängige Stereotyp des sowjetischen Frontsoldaten, der nie „in der dunklen Seite des Krieges [versank], sondern [...] fest in die Zukunft [blickte] und eine strahlende Utopie [sah], für die er gerne sein Leben opfern wollte.“ Was nicht in dieses idealisierte Bild paßte – Panik, Angst, Flucht, Kriminalität, Verstümmelung, psychische Schocks, posttraumatische Störungen oder auch private Raubzüge, sinnlose Zerstörungen, Ver-

gewaltigungsorgien usw. – wurde in der sowjetischen Kriegsliteratur und in den Veteranenzirkeln ausgeblendet. Wie diese Realitätsverleugnung noch den Nachkriegsalltag prägte, veranschaulicht zum Beispiel ein Befehl Stalins aus dem Jahr 1947. Danach sollten die Bettler, unter denen sich viele unversorgte Kriegsinvaliden befanden, aus den Stadtzentren entfernt werden. Sie wurden in Züge verfrachtet und zum Ladogasee deportiert, wo viele von ihnen starben.

Die Rote Armee bestand 1941 größtenteils aus Soldaten bäuerlicher Herkunft. Mehrheitlich waren es Russen, gefolgt von Ukrainern sowie anderen ethnischen Gruppen. Trotzdem entsprach sie – wie einer der zitierten Zeitzeugen sagt – „keiner Schablone oder Norm“, sondern bildete eine „kunterbunte Vielfalt von Charakteren“. Dorfjungen, die noch nie elektrisches Licht oder einen Motor gesehen hatten, trafen auf junge Facharbeiter, die aufgrund ihrer Kenntnisse mühelos mit modernen Waffen zurechtkamen. Neben dem Gros der Wehrpflichtigen, das den Jahrgängen 1919 bis 1925 entstammte, und jugendlichen Freiwilligen, die sich begeistert danach drängten, das angegriffene Vaterland zu verteidigen, gab es in der Roten Armee noch Kriegsveteranen des Ersten Weltkrieges, die in der streng hierarchisch aufgebauten zaristischen Armee gedient hatten, sowie Offiziere mit militärischen Erfahrungen aus dem Bürgerkrieg. Vor der Folie der gesellschaftlichen Entwicklung in der Sowjetunion – Bürgerkrieg, Kollektivierung der Landwirtschaft und Massensterben, forcierte Industrialisierung und Aufrüstung, politische Säuberungen und stalinistischer Terror – nimmt Merridale die Herkunft der Rotarmisten, ihre unterschiedlichen Erfahrungen, Generationsprägungen, Mentalitäten und Karrieren in den Blick. Mit ihrer anschaulichen, oft assoziativ vorgehenden Darstellungsweise, dem Einflechten von Zitaten aus Briefstellen und Tagebü-

chern sowie biographischen Skizzen gelingt ihr eine insgesamt spannend zu lesende „dichte Beschreibung“, die interessante Einblicke in die Denkweisen und die mentale Verfassung von Angehörigen der Roten Armee vermittelt. Da ist zum Beispiel der junge intelligente Kyrill Kyrilowitsch aus einer armen jüdischen Familie in einem ländlichen Gebiet Weißrusslands, dem das Militär Aufstiegschancen bot und der in der Roten Armee rasch Karriere machte. Oder der Politkommissar Moskwin, der 1941 für die Moral seiner Truppe sorgen sollte und selbst am Verteidigungskonzept der sowjetischen Streitkräfte zweifelte. Der Bauernsohn Michail Iwanowitsch suchte als Athlet in der Armee Karriere und Abenteuer und landete in einer Sondereinheit, die die eigene Bevölkerung in Schach hielt. Der junge Wissenschaftler Abram E. Gordon, der sich mit seinen Kollegen freiwillig zur Moskauer Bürgerwehr gemeldet hatte, stieß, militärisch völlig unerfahren, zu einer Schützendivision und erlebte, wie diese an einem Tag unterging.

Die stalinistischen Säuberungen hatten nicht nur die politische, sondern auch die militärische Elite betroffen und die Armee neuen Formen der politisch-ideologischen Kontrolle unterworfen. Infolge dieses Aderlasses fehlten der rund fünf Millionen Mann starken Roten Armee zum Zeitpunkt der deutschen Invasion im Sommer 1941 etwa 55 000 Offiziere. Mit dem Sturz von Generalstabschef Michail Tuchatschewski – er wurde des Hochverrats angeklagt und 1937 erschossen – war zugleich dessen Verteidigungskonzept diskreditiert und durch eine Offensivstrategie ersetzt worden, die die sowjetische Infanterie schon im Winterkrieg 1939 gegen Finnland in ein verlustreiches Desaster stürzte. An der finnisch-russischen Front herrschte Chaos, ganze Regimenter machten sich aus dem Staub. In diesem Winter erging der berüchtigte Befehl der Armeeführung, Deserteure und Ver-

sprengte zu erschießen, der von NKWD-Spezialtruppen vollstreckt wurde, die hinter den Linien postiert waren. „Bürokratismus, Zwangsherrschaft, Lügen, Furcht und Fehlorganisation“ in der politischen und militärischen Führung, nicht die fehlende Kampfmoral der sowjetischen Soldaten, waren laut Merridale auch die Ursachen für den Zusammenbruch der Roten Armee in den ersten Kriegswochen 1941. Die sowjetische Führung hatte schon seit den dreißiger Jahren längerfristig mit einem Krieg gegen Deutschland gerechnet und ein gewaltiges Aufrüstungsprogramm durchgepeitscht. Dennoch wurden die verantwortlichen Militärs vom „Unternehmen Barbarossa“ vollständig überrascht. Selbst Stalin trat mit seiner patriotischen Rede erst zwei Wochen später vor die Öffentlichkeit. Schwere Planungsfehler, der schlechte Zustand des Transportwesens, logistische Probleme, mangelnde Ausbildung, Ausrüstung und Versorgung der Truppen und dergleichen bewirkten ein Chaos, dessen Ausmaß sogar die deutschen Angreifer erstaunte. Der frontale Kampfstil rieb ganze Divisionen auf. Angesichts der verheerenden Verluste häuften sich, vor allem in der Ukraine und in Weißrußland, die Desertionen. Um dem drohenden Verfall der Kampfmoral entgegenzuwirken, wurden die Befugnisse der politischen Kommissare ausgeweitet und die Propagandamaschine auf Hochtouren gebracht. Militärtribunale verhängten Todesurteile und langjährige Haftstrafen. Als unehrenhafte Deserteure galten auch Offiziere, die in aussichtslosen Gefechtssituationen zum Rückzug aufforderten, sowie Rotarmisten, die in Gefangenschaft gerieten, versprengt oder verschollen waren. Ihre Angehörigen nahm man in Sippenhaft.

Wie erklärt sich, daß die Kampfmoral der Roten Armee nach den schweren Verlusten und Rückzügen nicht zusammenbrach und daß es 1942/1943 zur Wende im Kriegsverlauf kam? Merridale be-

zeichnet den Sieg in Stalingrad als „stärkstes Aufputzmittel“ und verweist zudem auf den Prozeß des Krieges selbst bzw. auf die Erfahrung extremer Gewalt und Brutalität auf beiden Seiten, die bei den sowjetischen Soldaten „als die Esse gewirkt“ habe, „um eine neue Mentalität zu schmieden“. So habe der „rechtzeitig für Stalingrad“ am 28. Juli 1942 erlassene Stalin-Befehl Nr. 227 mit der Parole „Keinen Schritt zurück“ und der Drohung, „Panikmacher und Feiglinge [sein] auf der Stelle zu vernichten“ oder in Strafbataillons zu stecken, die beabsichtigte Wirkung nicht verfehlt. (Allein bei der Schlacht von Stalingrad wurden binnen weniger Wochen etwa 13 500 Rotarmisten als Fluchtverdächtige und Nachzügler von sowjetischen Spezialtruppen erschossen; während des gesamten Krieges gab es mindestens 158 000 förmlich verhängte Todesurteile gegen solche „Vaterlandsverräter“.) Andererseits riefen die Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen in deutschem Gewahrsam als auch die „Politik der verbrannten Erde“ sowie die Vernichtung der Juden bei vielen Sowjetsoldaten Wut, Verzweiflung und ein Bedürfnis nach Rache und Vergeltung hervor, das von der sowjetischen Kriegspropaganda systematisch gefördert wurde. Auf die materielle und psychologische Wirkung der umfangreichen amerikanischen Militärhilfe für die Rote Armee (Waffen, Panzer, Flugzeuge, Nahrungsmittel, Militärstiefel usw.) geht Merridale leider nicht explizit ein.

Von besonderem Interesse ist das Kapitel „Schändungen“, in dem die Autorin das Vorgehen der Roten Armee in der Endphase des Krieges in den Ostprovinzen des Deutschen Reiches darstellt. Die brutalen Massenvergewaltigungen deutscher (und anderer) Frauen durch Angehörige der Roten Armee, denen Hunderttausende Frauen zum Opfer fielen, sind in der ehemaligen Sowjetunion bis heute ein Tabuthema. Die Autorin beschreibt und

analysiert dieses Geschehen hier erstmals ausführlich auf der Basis russischer Quellen. Ihr Erklärungsansatz ist neu: Jenseits von biologistischen Modellen, die die sexuelle Gewalt im Krieg als Ausdruck gestreßter und verrohter Männlichkeit deuten, stellt Merridale die Gewaltorgien und Massenvergewaltigungen in einen Zusammenhang mit der Repression, Gewalt und Menschenverachtung, die die Rotarmisten selbst erfahren hatten. Bewußt oder unbewußt hätten „die durch Ostpreußen toben den Männer auch der Enttäuschung Luft [gemacht], die sich durch jahrelanges Leiden angestaut hatte: ein Schmerz, der nicht erst im Krieg selbst, sondern schon in den Jahrzehnten der Demütigung, Entmündigung und Furcht entstanden war.“ Im Feindgebiet konnte sich dieser Haß ungebremst ausleben, zumal er durch die Haßtiraden Ilja Ehrenburgs noch angefacht wurde und durch die politische Agitation gedeckt war. Vergewaltigungen waren zwar formal verboten, wurden aber selten disziplinarisch geahndet und nur in Ausnahmefällen streng bestraft.

Merridale spricht von „regelrechten Orgien von Kriegsverbrechen“ nach dem Überschreiten der „magischen Grenze“ zum deutschen Reichsgebiet. In den Vergewaltigungen verband sich „ein Rachebedürfnis mit Zerstörungswut, dem tiefen Hass auf den im Nazideutschland herrschenden Luxus und Überfluß“. Die Gewalt richtete sich nicht nur gegen die Frauen des Feindes, sondern auch gegen deren – machtlose – Männer und Väter, die damit im Innersten und Intimsten getroffen wurden. Noch sechzig Jahre nach dem Krieg stieß Merridale in ihren Interviews bei diesem Thema auf „eine Art selektive Amnesie“ – eine Starre, die nicht nur aus Scham geboren sei, sondern auch durch das offizielle Schweigen erzwungen wurde.

Das Buch endet mit einem Rückblick auf die Nachkriegszeit, in der sich die Hoffnungen der meisten Soldaten auf ei-

ne solidarische Gesellschaft nicht erfüllten. Viele befreite Kriegsgefangene und „Ostarbeiter“ warteten vergeblich auf eine schnelle Rückführung in die Heimat: Fast zwei Millionen Gefangene endeten erst einmal in den zahlreichen Filtrierlagern der sowjetischen Spionageabwehr SMERSCH. Der Gulag schwoh wieder an und rekrutierte neue Gruppen für die Zwangsarbeit, auch Kriegsveteranen. Viele Invaliden blieben jahrelang ohne medizinische Betreuung, finanzielle Zuwendungen oder Arbeit.

Merridale schließt sich dem Resümee von Richard Overy zur „Tragik des sowjetischen Krieges“ an: „Niemand bezweifelt, daß der Sieg mit geringeren Kosten hätte errungen werden können, mit weniger Unterdrückung, unter menschlicheren Bedingungen, vor allem mit einer weit geringeren Zahl von Toten und Gefallenen. [...] Die großen Opfer eines gepeinigten Volkes brachten den Sieg, aber nicht die Befreiung, einen Augenblick bittersüßen Triumphes in einer langen Geschichte des Leids.“

*Ute Schmidt*

**Solschenizyn, Alexander: Meine amerikanischen Jahre. München: Langen Müller 2007, 571 S., 39,90 €.**

Der vorliegende Band bildet die Fortsetzung des bereits erschienenen Erinnerungsteils „Zwischen zwei Mühlsteinen“. Nach schweren Jahren in der Sowjetunion hatte es im Westen den Anschein gehabt, als könnte der russische Schriftsteller endlich seine literarischen Projekte in Ruhe verwirklichen. Dankbar erinnert sich Solschenizyn der Hilfsbereitschaft amerikanischer Archive und Bibliotheken. Als Solschenizyn im Frühjahr 1994 im Alter von 75 Jahren in seine russische Heimat zurückkehrte, bedankte er sich in seinem Abschiedsgruß an die Einwohner in Cavendish: „Ich habe hier fast achtzehn Jahre gearbeitet und dies war die produktivste Schaffenszeit in meinem Leben. Ich habe

hier alles tun können, was ich mir vorgenommen habe.“

Doch Anfeindungen und Attacken hatten auch im Westen nicht lange auf sich warten lassen. In gewohnt streitbarer Manier schildert Alexander Solschenizyn unzählige Auseinandersetzungen mit seinen Gegnern, die ihn zu seinem Leidwesen von verschiedenen Richtungen gleichzeitig bedrängten. In der Sowjetunion hatte der allmächtige KGB noch eine Rechnung mit ihm offen, und so ließ er in seinem Bestreben nicht nach, Solschenizyns Ruf weltweit zu schädigen. Die Veröffentlichung des „Archipel Gulag“ hatte unzähligen namenlosen Opfern weltweit Gehör verschafft und den menschenverachtenden Charakter des „real existierenden Sozialismus“ dokumentiert. Die Methoden des KGB standen jenen der DDR-Staatssicherheit in nichts nach. Die Richtlinie Nr. 1/76 des MfS enthält Vorgaben zur „Zersetzung“ des ideologischen Gegners wie die „systematische Diskreditierung des öffentlichen Rufes, des Ansehens und des Prestiges auf der Grundlage miteinander verbundener wahrer, überprüfbarer und diskreditierender sowie unwahrer, glaubhafter, nicht widerlegbarer und damit ebenfalls diskreditierender Angaben“.

Mit großen Teilen der westlichen Medien hatte es sich Solschenizyn ebenfalls gründlich verdorben. In Zeiten einer proklamierten Entspannungspolitik zwischen Ost und West standen seine notorischen Warnungen vor dem aggressiven Charakter der sowjetischen Politik im Wege. Zugleich litt Solschenizyn unter der Gleichsetzung von „Rußland“ mit dem „Kommunismus“. Er mußte einsehen, daß es seine „Kräfte überstieg, dem Westen begreiflich zu machen, daß zwischen Rußland und dem Kommunismus ein ähnliches Verhältnis bestand wie zwischen einem Erkrankten und seiner Krankheit“.

Wiederholt verwendet Solschenizyn das Bild, zwischen zwei Mühlsteinen zermahlen zu werden, dem Westen und dem

Osten: „Und was die Emigranten der dritten Welle betraf, so waren sie das zuverlässige Verbindungsstück zwischen dem sowjetischen und dem westlichen Mühlstein, indem sie fleißig immer wieder ihr ‚Monarchist, Theokrat, Fanatiker‘ beisteuerten.“ Über viele Seiten hinweg schildert Solschenizyn seinen Schmerz, als er sich Anfang der achtziger Jahre einem geradezu kampagnenhaften Vorwurf des „Antisemitismus“ ausgesetzt sah. Er stellt ausdrücklich fest, daß es Antisemitismus „in keinem Buch, das des Ranges eines literarischen Werkes würdig ist“, gibt und geben kann.

Gelegentlich wird Solschenizyn selbst ungerecht, wenn er mit ehemaligen Weggefährten ins Gericht geht. Mit Lew Kopelew war er einst zeitgleich im Sondergefängnis Scharaschka eingesperrt – eine Zeit, die bei beiden später in Büchern verarbeitet wurde. Solschenizyn kolportiert Kopelews unsachliche Ausfälle gegen ihn, die sich bereits in den siebziger Jahren in Moskau, noch vor Kopelews eigener Ausbürgerung in die Bundesrepublik, ereignet haben sollen. Solschenizyn schreibt, daß Kopelew ihn mit Stalin und Ayatollah Khomeini verglichen habe, um allerdings im gleichen Atemzug hinzuzufügen: „Doch dann wieder beauftragten Kopelews 1978 in Moskau einen westlichen Journalisten, mir Glückwünsche zu meinem sechzigsten Geburtstag zu übermitteln.“ Dazu ist anzumerken, daß als Beginn der iranischen Revolution die Flucht des Schahs im Januar 1979 angesehen wird. Der weltweite Verurteilung Ayatollah Khomeinis als Diktator setzte erst nach dieser Phase ein. Als Ayatollah war Solschenizyn allerdings in der Tat von Fritz J. Raddatz noch im November 1990 in der Wochenzeitung *Die Zeit* titulierte worden. Solschenizyn hatte soeben sein Manifest „Rußlands Weg aus der Krise“ veröffentlicht, das in der *Komsomolskaja Prawda* in Millionenaufgabe verbreitet

und von Raddatz „mit wachsendem Zorn“ gelesen wurde.

Solschenizyn war und ist ein streitbarer Geist und ein unbequemer Zeitgenosse. Spätestens mit der Veröffentlichung des „Archipel Gulag“ hatte er, einzig seinem Gewissen und seiner Liebe zur russischen Heimat unterworfen, im Alleingang ein scheinbar allmächtiges System bloßgestellt. Seine vorliegenden Erinnerungen zeigen, daß er auch das gesellschaftspolitische System im sogenannten kapitalistischen Westen nicht kritiklos hingenommen hat. Sich selbst betrachtet Solschenizyn nicht als Nationalisten, sondern als russisch-orthodoxen Patrioten. Eine solche Haltung schützt ebensowenig vor Fehleinschätzungen, wie sie umgekehrt große Leistungen zuläßt. Beides kann man exemplarisch an Solschenizyn feststellen.

*Volker Strebel*

**Greiner, Bernd: Krieg ohne Fronten. Die USA in Vietnam. Hamburg: Hamburger Edition 2007, 595 S., 35,00 €.**

Nach dem Zweiten und dem Ersten Weltkrieg dürfte der Vietnamkrieg wohl der Krieg des 20. Jahrhunderts mit den bedeutendsten kulturgeschichtlichen Folgen gewesen sein. Gegen das amerikanische Engagement zur Rettung des südvietnamesischen Teilstaats formierte sich eine globale Protestbewegung, die mit ihrer Bereitschaft zur Parteinahme für die kommunistische Kriegs- und Bürgerkriegspartei eine langanhaltende Welle der Radikalisierung auslöste. Dabei war es die Empörung über tatsächliche oder vermeintliche Kriegsverbrechen der Amerikaner und ihrer Verbündeten, die die Bereitschaft beförderte, kommunistische Verbrechen zu billigen oder gar selbst mit verbrecherischen Mitteln Solidarität zu üben.

So führte beispielsweise der spätere Bundesaußenminister und Grünen-Politiker Joschka Fischer 1979 in einem Gespräch, abgedruckt im *Kursbuch*, zur eigenen Ver-

strickung aus: „Ich erinnere mich an eine Diskussion in der Wohngemeinschaft, [...] wo ich der entschiedene Verfechter des revolutionären Terrors war; da ging es um das ‚Darmwickeln‘: die Vietcong hatten irgendeinem Dorfobersten den Bauch aufgeschlitzt, die Därme rausgerissen und da hängen lassen, bis am nächsten Morgen wieder die Regierungstruppen kamen. Da gab es also einen erbitterten Streit über das Prinzip des revolutionären Terrors, mit einer humanistischen Fraktion, die sagte, das kann man nicht machen, wenn man mit diesen Zielen und Vorstellungen kämpft, während die andere, mehr politische Seite, zu der ich gehörte, gesagt hat, ja, das ist zwar unmenschlich, aber wenn’s der Sache dient, dann muß das wohl so sein.“

Auch im Falle von Bernd Greiner, dem Autor des hier zu besprechenden Werkes, dürfte die Empörung über den Krieg in Vietnam am Anfang eines Radikalisierungsprozesses gestanden haben, welcher ihn ungeachtet der Mauertoten eine Karriere im propagandistischen Vorfeld des SED-Staats verfolgen ließ. Greiner gehörte dem Wissenschaftlichen Kuratorium des Zentrums für Marxistische Friedensforschung an, welches ein Ableger des von der SED finanzierten und von der DKP betriebenen Instituts für Marxistische Studien und Forschungen war. Vor diesem biographischen Hintergrund ist es um so höher zu bewerten, daß Greiner in seiner Untersuchung zu den von amerikanischen Bodentruppen in Vietnam begangenen Kriegsverbrechen auch auf den zumeist gegen südvietnamesische Zivilisten gerichteten revolutionären Terror des Vietcong und der nordvietnamesischen Volksarmee eingeht. Greiner stellt dabei klar, daß es sich bei den schätzungsweise 37 000 Morden und 58 000 Entführungen, die der kommunistische Untergrundapparat zwischen 1957 und 1972 verübte, keineswegs um Exzesse handelte, die der allgemeinen kriegerischen Verrohung geschuldet wa-

ren, sondern um eine zielgerichtete Politik, die die Zivilbevölkerung als zentrale Ressource für die kommunistische Kriegsanstrengung nutzbar machen sollte.

Der „Krieg ohne Fronten“, den die vietnamesischen Kommunisten bis zum Zusammenbruch ihrer südvietnamesischen Kriegsgegner im April 1975 fortsetzten, war ein sowohl im Partisanenstil als auch ein mit konventionellen Kriegsmitteln geführter Abnutzungskampf, den letztlich die Fähigkeit des Regimes in Hanoi entschied, jedes Jahr einen neuen Jahrgang wehrpflichtiger Nordvietnamesen im Süden zu verheizen. Bis zum Abzug der Amerikaner im Jahre 1973 war die kommunistische Kriegsanstrengung denn auch nicht auf die Erringung militärischer Siege im klassischen Sinn gerichtet, sondern einzig und allein auf die Brechung der amerikanischen Kampfmoral. Selbst die von Greiner mit der Zahl von 444 000 Toten eher niedrig angesetzten Verluste der kommunistischen Seite verdeutlichen den exorbitanten Blutzoll, den das Politbüro in Hanoi zu entrichten bereit war. Bei einer Kampfstärke von 200 000 Mann bedeutete dies nämlich, daß die kommunistische Streitmacht ihren Personalbestand mehr als zweimal komplett umwälzte; auf die Bevölkerung umgerechnet verlor sie „prozentual doppelt so viele Soldaten wie Japan im Zweiten Weltkrieg und zwölfmal so viele Soldaten wie die Chinesen und Nordkoreaner während des Koreakriegs“.

Da es die Amerikaner aus politischen Gründen nicht wagten, den Kriegsgegner Nordvietnam im Sinne einer klassischen Niederwerfungsstrategie auf seinem eigenen Territorium zu vernichten, blieb ihnen nichts anderes übrig, als eine defensive Abnutzungsstrategie zu verfolgen, welche aber gleichzeitig danach streben mußte, die vom kommunistischen Untergrundapparat beherrschten Teile Südvietnams für das Saigoner Regime zurückzugewinnen. Mit ihrer enormen Feuerkraft waren die amerikanischen Streitkräfte in Viet-

nam zwar in der Lage, jeden kommunistischen Großangriff zusammenzuschießen, sie vermochten es aber nicht, das Tempo der wechselseitigen Abnutzung zu diktieren; das heißt, die Kommunisten erlitten zwar schauderhafte Verluste, sie verloren aber niemals die Fähigkeit, weitere Truppen in die Schlacht zu führen und auch den Amerikanern schmerzhaft Verluste zuzufügen. Das amerikanische Militär, welches vom US-Verteidigungsminister McNamara auf betriebswirtschaftliche Managementmethoden eingeschworen worden war, reagierte auf dieses strategische Dilemma, indem es die Zahl der getöteten Feinde – den sogenannten „body count“ – zum Erfolgsmaßstab per se deklarierte. Damit wurde, wie Greiner durchaus überzeugend demonstriert, einer Mentalität Vorschub geleistet, die rücksichtslos zu zerstören bereit war, was die Amerikaner eigentlich schützen wollten.

Neben dem Erfolgsmaßstab des „body counts“ waren es eklatante Fehler in der militärischen Führungsorganisation, die dazu beitrugen, daß von amerikanischen Bodentruppen in Vietnam eine viel zu hohe Zahl von Morden, Vergewaltigungen und sonstigen Kriegsverbrechen begangen wurde. (Ein gewisses Maß an kriminellem Tun ist bei einem militärischen Großeinsatz wohl unvermeidlich, in einer gut geführten Truppe sollten diese Verbrechen jedoch streng sanktioniert werden). Während die Mannschaften ein Jahr auf dem vietnamesischen Kriegsschauplatz verblieben, taten Offiziere dort lediglich sechs Monate Dienst, weil nach Ansicht der Pentagon-Bürokraten so möglichst viele Offiziere Kriegserfahrung sammeln konnten. In Einsatzgebiet führte dies häufig dazu, daß unerfahrene Zug- und Gruppenführer auf verwilderte Truppenhaufen stießen, in denen notorische Gewalttäter den Ton angaben. Da eine möglichst hohe Zahl von zur Strecke gebrachten Feinden von den höheren Führungshierarchien als Erfolgsnachweis ein-

gefordert wurde, lag es nahe, daß insbesondere führungsschwache Truppenoffiziere von ihren Soldaten ermordete Zivilisten als getötete Feindkämpfer weitermeldeten oder sich gar durch eine Beteiligung an Mordtaten bei ihren renitenten Untergebenen Respekt zu verschaffen suchten. Zur Verwilderung der amerikanischen Kriegsführung trugen ebenfalls die sogenannten „free fire zones“ bei, Gebiete, die vorgeblich von der Zivilbevölkerung geräumt waren und in denen sich nach offizieller Lesart nur noch kommunistische Kämpfer oder deren Unterstützer aufhielten. Tatsächlich gab es aber auch in diesen Zonen Zivilisten, die sich der „Evakuierung“ in unwirtliche Flüchtlingslager widersetzen oder aus diesen zurück in ihre angestammte Heimat geflohen waren.

Greiners Ansatz, die militärsoziologischen Kriterien zu identifizieren, die das Verüben von Kriegsverbrechen begünstigen, ist auch deshalb zu begrüßen, weil sich eindeutig nur jene Straftaten belegen lassen, die Gegenstand offizieller Untersuchungen waren. Da auf seiten der militärischen Hierarchien ein erhebliches Vertuschungsinteresse bestand, handelt es sich dabei lediglich um einen relativ geringen Teil der tatsächlich verübten Gewalttaten. Darauf, daß es eine horrende Dunkelziffer gegeben haben dürfte, lassen indes auch die Erinnerungsliteratur von amerikanischen Kriegsteilnehmern sowie entsprechende Aussagen im Rahmen von Zeitzeugenbefragungen schließen. Andererseits hat sich aber auch immer eine Mehrheit der Vietnamveteranen gegen eine Stigmatisierung als Mörder und Vergewaltiger gewehrt; welches analytische Handwerkszeug zur Identifizierung der Unschuldigen herangezogen werden kann, bleibt allerdings auch nach der Lektüre von Greiners insgesamt verdienstvollem Buch unklar.

Greiners Buch zeigt zudem eine weitere zentrale Schwachstelle: Es wird kaum deutlich, daß es sich beim Vietnamkrieg

auch um einen Bürgerkrieg gehandelt hat. Während er die kommunistische Seite noch relativ ausführlich schildert, wird die südvietnamesische Bürgerkriegsarmee lediglich auf einer Seite dargestellt, wobei auch noch unter den amerikanischen Soldaten zirkulierende Klischees reproduziert werden. So bleibt unerwähnt, daß diese Armee in den Jahren der gemeinsamen Kriegsanstrengung weit höhere Verluste erlitt als die vorgeblich im Zentrum der Auseinandersetzung stehenden US-Truppen. Es bleibt ebenfalls unerwähnt, daß viele Schwächen des südvietnamesischen Staates darauf zurückzuführen waren, daß es sich bei Südvietnam um eine relativ offene und pluralistische Gesellschaft handelte, während der Norden seine erstaunliche Kriegsfähigkeit nicht zuletzt aus der Übernahme des stalinistischen Gesellschaftsmodells bezog.

*Michael Ploetz*

**Panzig, Christel (Hrsg.): Wegzeichen – Zeitzeichen. Deutsche und Russen im Alltag in einer mitteldeutschen Region von 1945 bis 1993. Begleitband zur Ausstellung. Lutherstadt Wittenberg: Haus der Geschichte, Pflug e. V. 2007, ca. 100 S., 14,95 €.**

Die 1992 von ehemaligen Historikern der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR gegründete Projektgemeinschaft Frauen, Landwirtschaft, Umwelt & Gesellschaft (Pflug e. V.) erforscht mit Hilfe von sogenannten ABM- und SAM-Beschäftigten die Alltagskultur und -geschichte in der Region um die Lutherstadt Wittenberg. Ihre Tätigkeit konzentriert sich unter anderem auf themen-

bezogene oder lebensgeschichtliche Befragungen von Zeitzeugen sowie auf die Sammlung von persönlichen Unterlagen und Gebrauchsgegenständen. Der Verein betreibt das „Haus der Geschichte Wittenberg“, in dem diverse Archive untergebracht sind und ein Teil der mittlerweile über 200 000 Objekte einem interessierten Publikum zur Ansicht offeriert wird. Verschiedene Sonderausstellungen und die entsprechenden Begleitbände (2005 und 2007) hatten immer wieder die Themen Kriegsende und sowjetische Besatzungsmacht zum Schwerpunkt.

Bei der inhaltlichen Konzipierung und Gestaltung bedienen sich die für die Ausstellungen Verantwortlichen allerdings oft des zwar effizienten, aber beim Besucher letztlich Langeweile hervorrufenden Baukasten-Prinzips. So finden sich unübersehbare Elemente (Objekte, Fotos, Texte) der Sonderausstellungen „Befreier – Freund – Genosse“ (1999) und „Zwischen Luftschutzkeller und Stalinbild. Stadt und Region Wittenberg 1945“ (2005) in der am 14. Oktober 2007 eröffneten Exposition „Wegzeichen – Zeitzeichen“ wieder. Im ersten Ausstellungsraum erwartet den Besucher an fast exakt derselben Stelle wie im Jahr 2005 ein vollbeladener „Panjewagen“. Er soll verdeutlichen, welche Gegenstände als Kriegsbeute von Sowjetsoldaten gen Heimat mitgenommen wurden. Zu den damaligen Kriegstrophäen haben jedoch weder die dort gezeigte blau-weiß karierte NVA-Bettwäsche noch der runde Thermo-Essenskübel oder der ausgestellte Benzinkanister gehört.

Weiterhin fällt auf – auch durch den Vergleich der begleitenden Publikationen gut nachvollziehbar –, daß zum Schwerpunkt Kriegsende die meisten Fotos bereits in der Schau zum Jahr 1945 zu sehen waren. Der zweite Raum der aktuellen Exposition widmet sich dem Alltag der sowjetischen Besatzungstreitkräfte in Wittenberg und den erzwungenen bzw. freiwilligen Kontakten zwischen Garnisonsan-

gehörigen und DDR-Bürgern. Auch hier trifft man auf Altbekanntes – und zwar aus der Sonderausstellung aus dem Jahre 1999. So kommen in der Nachbildung einer Offiziersstube ein hellblaues Stahlbett, ein Samowar und andere Gegenstände erneut zu Ehren. Im Kellergeschoß werden schließlich Aufzeichnungen und Fotos von Kindern gezeigt, die mit ihren Eltern – Militärangehörige oder Zivilbeschäftigte – aus der UdSSR in die DDR kamen und die damalige sowjetische Mittelschule in Wittenberg (heute „Neues Rathaus“) besuchten. Außerdem findet sich in einer Nische eine weitere Inszenierung. Sie soll veranschaulichen, wie die Bewohner der Region in den letzten Kriegstagen voller Angst auf die Ankunft der Roten Armee warteten, und gehört somit eigentlich an den Anfang des Rundgangs. Gleichzeitig erinnert sie stark an den „Luftschutzkeller“ aus der Ausstellung von 2005.

Als Herausgeberin des Begleitbands zur Ausstellung „Wegzeichen – Zeitzeichen“ fungiert die Leiterin von Pflug e. V., Christel Panzig. Auffällig ist, daß bis auf ihren Ehemann weitere Mitarbeiter des Projekts anonym bleiben. Ihre Namen werden weder im Titel der Broschüre noch in der knappen Danksagung erwähnt. Die Publikation enthält chronologisch-thematisch gegliedert Briefe von Rotarmisten aus dem Jahre 1945, Interviews mit deutschen Zeitzeugen und Berichte von ehemaligen Schülern der sowjetischen Mittelschule in Wittenberg. Aus der Sicht unmittelbar Betroffener reflektieren diese Texte das durch die Kriegsereignisse lange belastete und durch politische Vorgaben stark reglementierte Beziehungsgeflecht zwischen den Angehörigen der östlichen Besatzungsmacht und der einheimischen Bevölkerung.

Mit Ausnahme der unmittelbaren Nachkriegszeit vermitteln die deutschen Interviewpartner ein insgesamt positives Bild ihrer Kontakte mit den „Russen“ oder

den „Freunden“. Dafür mag es verschiedene Gründe geben. Völlig fehlen zum Beispiel Schilderungen über Verhöre bei der sowjetischen Staatssicherheit und der militärischen Spionageabwehr, die es bis weit in die fünfziger Jahre hinein gegeben hat. Desgleichen kommt der einfache Soldat vorwiegend in den Passagen über das Jahr 1945 und hier wiederum hauptsächlich als Gewalttäter vor. In den Gesprächsaufzeichnungen, die sich auf die „DDR-Zeit“ beziehen, dominieren dagegen sowjetische Offiziere und einzelne Zivilbeschäftigte als Kontaktpartner.

Die zweifellos interessanten Quellen werden den Lesern bis auf eine Ausnahme kommentarlos und ohne notwendiges Begleitmaterial offeriert – einige sogar in doppelter Ausführung. Lediglich die von Christel und Klaus-Alexander Panzig gezeichnete Ausarbeitung „Die Russen kommen“, bei der die Autoren auf ihren gleichnamigen Beitrag in dem Band „Rotarmisten schreiben aus Deutschland“ des Instituts für Zeitgeschichte aus dem Jahre 2004 zurückgreifen konnten, hat den Charakter eines wissenschaftlichen Artikels und verfügt über einen Fußnotenapparat. Bezüglich dieser Abhandlung ist anzumerken, daß es das Sturmgewehr AK 47 „Kalaschnikow“ 1945 noch nicht gab und daß ein sogenannter Panjewagen nicht mit der „Tatschanka“, der mit einem Maschinengewehr bestückten Kutsche aus dem russischen Bürgerkrieg, gleichzusetzen ist.

Die Ausstellungspublikation muß ohne Abkürzungsverzeichnis, Personenregister und Hinweise auf weiterführende Literatur auskommen. Es wäre auch sinnvoll gewesen, Lageübersichten der sowjetischen Garnisonen, Kommandanturen und Geheimdienststützpunkte – eine derartige Einrichtung mit Haftkeller befand sich zum Beispiel in Wittenberg in der sogenannten Villa Lambert, zu DDR-Zeiten Amt für Statistik – aufzunehmen. Dem Textband wurde lediglich eine knapp

einseitige Einführung vorangestellt. Sie liefert weder eine kritische Bewertung der dargebotenen biographischen Quellen noch eine Erklärung für die Einbeziehung von Schilderungen, die keinen Bezug zur Region Wittenberg haben.

Die Überschriften hat die Herausgeberin ins Russische und Erläuterungen zu den vielen Fotos zusätzlich noch ins Englische übersetzen lassen. Des weiteren wurde den Berichten der sowjetischen Mittelschüler die Originaltextfassung zugeordnet. Sinn und Nutzen dieser Aktion sind allerdings sehr zweifelhaft. Das gilt besonders unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Übersetzungen in die bzw. aus der russischen Sprache eine mittlere Katastrophe darstellen. Sie strotzen von Auslassungen, Ungenauigkeiten und eindeutigen Fehlern. Schließlich muß angemerkt werden, daß Pflug e. V. bei der Verwendung der von den Zeitzeugen zur Verfügung gestellten Fotos offensichtlich nicht immer korrekt vorgegangen ist. So ist zum Beispiel auf Seite 69 ein Foto mit folgender Bildunterschrift ausgewiesen: „FDJler und Komsomolzen beim Subotnik in Wittenberg“. In Wirklichkeit handelt es sich aber um eine Aufnahme von DDR-Auslandsstudenten und ihrem Dozenten in der südrussischen Stadt Krasnodar. Bei zukünftigen Sonderausstellungen im „Haus der Geschichte Wittenberg“ sollten die zuständigen Gremien genauer hinsehen, wofür Fördermittel eingesetzt werden und welche Qualität die Endprodukte haben.

*Peter Erler*

**Karl, Lars (Hrsg.): Leinwand zwischen Tauwetter und Frost – Der osteuropäische Dokumentarfilm im Kalten Krieg. Berlin: Metropol 2007, 320 S., 19,00 €.**

Wenn man Lenins kulturwissenschaftlichem Eckermann, Anatoli Lunatscharski, glauben schenken kann, dann wußte es der Denker und Lenker der Oktoberrevolution ganz genau. Nämlich, „daß für uns von al-

len Künsten die Filmkunst die wichtigste sei“. Demzufolge hatten auch Lenins gelehrige Schüler ein Händchen für das ganz große Kino. Das muß auch Thomas Mann klargeworden sein, als er Mitte April 1945 in seinem kalifornischen Exil seinem Tagebuch anvertraute: „Kinofilm über die Rote Armee in Wien. Russische Soldaten legen Kränze am Grab von Beethoven und Strauß nieder.“ Mit dieser Episode läßt die Österreicherin Barbara Wurm ihren Aufsatz „Walzer der Freiheit“ beginnen, der sich ganz bemerkenswert der „Visualisierung des musikalischen Topos“ Walzer widmet. Sie weist nach, wie der berühmte Tanz ein wichtiges Element der „Film- und Kinodiplomatie“ zwischen Besetzten und Besatzern bildete.

Mit Hommagen an den Walzerkönig, so berichtete es der Kriegsphotograf Jewgeni Chaldej (einige seiner bekanntesten Bilder sind die von ihm nicht nur nachgestellten, sondern auch nachkomponierten sowie später erneut korrigierten Szenen der Flaggenhissung auf dem Berliner Reichstag), demonstrierten die Russen, daß sie die Stadt Wien und die Kunst respektierten. Dabei – und das zeigt eine frappierende Ambivalenz solcher Vorbildnahmen – verband sich für viele Russen mit Johann Strauß gar nichts Gutes, sondern eine ganz konkrete Erinnerung an die Zeit der Massenrepressionen in den dreißiger Jahren und an die von zentraler Stelle per Lautsprecher (Radioapparate gab es nicht) allenthalben übertragenen Strauß-Melodien als Begleitmusik jener Geschehnisse. Dieser Beiklang war so prägend, daß ihn der Schriftsteller Michail Bulgakow in seinem Lebenswerk *Meister und Margarita* in die Beschreibung eines teuflischen Balls aufnahm. Andere Zeiten, gleiche Töne, andere Bedeutungen.

Neben Wurm haben zwölf Autorinnen und Autoren Material für vier große Abschnitte geliefert, die das Thema Film im Kalten Krieg in einer beachtlich großen Bandbreite und großer, spezialisierter De-

tailfülle behandeln. Es ist der aus ihrer Sicht gegenüber dem Westen viel stärkere „gesellschaftspolitische Bezug“ des osteuropäischen Films, der die Autoren reizt hat, über diesen Weg einen Zugang zur Geschichte zu finden. Von den zahlreichen Beispielen und Fallstudien seien hier, neben der von Barbara Wurm, nur einige genannt. In seinem Beitrag zur filmischen Inszenierung von Lagern (KZ, Speziallager, Lager für Kriegsgefangene) schneidet Günter Agde ein überaus reiches Kapitel dokumentarischen Filmschaffens an, das die Lager zum Bestandteil filmischer Ikonographie werden ließ. Dabei betrachtet er genau, wer von den Alliierten wann welches ehemalige Lager filmisch (be-) nutzte; beginnend von den ersten, unter der Ägide von Frontkameraleuten nachgestellten pseudo-, aber mangels Alternativen eben doch dokumentarischen Befreiungsszenen bis hin zu großen Literaturverfilmungen über Leidenswege von Häftlingen, wie zum Beispiel Sergej Bondartschuks „Ein Menschenschicksal“ nach der literarischen Vorlage von Michail Scholochow. Der 1959 entstandene Film machte in der Periode des Tauwetters das bis dahin tabuisierte Thema der Gefangennahmen und der Gefangenschaft sowjetischer Soldaten zum Gegenstand, wenn er sich auch, gerade aufgrund seiner Konzentration auf nur einen Menschen, eben nicht zu einer Anklage der sinnlosen Stalinschen Durchhalteparolen durchringen konnte, die abertausende Soldaten das Leben kostete.

Herausgeber Lars Karl untersucht die Moskauer Internationalen Filmfestspiele im Zeitraum von 1959 bis 1971. Dieses „Kind des Tauwetters“ war gleichwohl für die KPdSU-Führung ein Instrument im „Kampf für den Frieden“, wie Parteichef Chruschtschow bei der Eröffnung betonte. Keiner führte diesen Kampf besser als das Mutterland des Kommunismus, weshalb ein sowjetischer Film (der schon erwähnte „Ein Menschenschicksal“) – zu Recht

– die höchste Auszeichnung erhielt. Hinter dem bekannten Kunstwerk stand, wie Karl zeigt, ein weitgehend unbekannt gebliebenes Kalkül der sowjetischen Kulturbürokratie. Bereits Monate vor dem Festival hatte der Kulturminister dem Zentralkomitee eine detaillierte Kalkulation dessen vorgelegt, was mit diesem Film beabsichtigt wurde.

Andreas Kötzings Beitrag zur Leipziger Dokumentarfilmwoche setzt den Schlußpunkt des Buches. Er beschreibt das unauflösliche Dilemma dieser sozialistischen Filmschau – der größten der DDR – zwischen weltumspannendem propagandistischen Anspruch und oft mangelnder Qualität der Werke. Das viele Jahre geltende Prinzip der „Selbstnominierung der sozialistischen Länder“ macht Kötzings dabei als ein Hauptübel aus, in dessen Folge reichlich mittelmäßig belichtetes Material nach Leipzig geschickt wurde. Was da so aus den damaligen Bruderländern kam, vermochte die Leipziger Auswahlkommission mitunter kaum zu begeistern. Ein wenig verwirren Kötzings Konklusionen dann, wenn sie sich auf zwei aufeinanderfolgenden Seiten widersprechen. So meint er, daß die im Jahre 1971 formulierten Aspekte der Filmauswahl, es ging um „Filme, die den Frieden, den sozialen Fortschritt, die nationale Unabhängigkeit, den Humanismus und die internationale Solidarität fördern, die Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung dokumentieren und parteilich die Unmenschlichkeit der imperialistischen Aggressoren [...] entlarven“, daß eben diese Grundsätze „offensichtlich eine rein theoretische Aufgabenbeschreibung“ gewesen sein sollen. Ganz so praxisfern war das alles wohl doch nicht, wenn es ein paar Absätze weiter vollkommen zutreffend heißt: „Dadurch, dass die Filmauswahl verstärkt politischen Aspekten unterworfen war, traten ästhetische Gesichtspunkte zunehmend in den Hintergrund. Die politische Einflußnahme

wirkte sich somit negativ auf die Qualität der gezeigten Filme aus.“ Das wundert irgendwie gar nicht und scheint eine These kaum wert zu sein. In diesem merkwürdigen Filmfestival war eben drin, was drauf- bzw. dahinterstand, eine klare Inhalt-Form-Dialektik gewissermaßen. Qualität im Sinne von Kunst und hoher Schule mußte das nicht ausschließen. So etwas passierte eben trotzdem. Der ideologischen Großmannssucht – Entlarvung des Gegners einerseits und Beweihräucherung des eigenen Lagers andererseits – entsprach ein propagandistisches Schmalfilmformat. Während es immer leicht möglich war, die Kehrseiten des Kapitalismus zu beleuchten, mangelte es nämlich zunehmend an seh- und glaubwürdigen Bildchroniken sozialistischer Erfolgsgeschichten.

Gerade mit ihren ganz unterschiedlichen Gegenständen offenbart dieser Band letztlich vor allem eines: Filmgeschichtliche Themen bergen ein schier unerschöpfliches Reservoir an Forschungsthemen. Und das Buch vermag, noch etwas anderes zu erreichen: Lust auf Kino, selbst wenn es politisch ist.

*Tobias Voigt*

**Hauswald, Harald / Rathenow, Lutz: Ost-Berlin. Leben vor dem Mauerfall. Berlin: Jaron 2006, 128 S., 12 €.**

**Dies.: Gewendet. Leben nach dem Mauerfall: Fotos und Texte aus dem Osten. Berlin: Jaron 2006, 122 S., 19,90 €.**

Als das Buch *Ost-Berlin* 1987 zum ersten Mal erschien, damals nur im Westen, waren Kurt Hager und Erich Mielke aufgebracht. Zollvergehen, Devisenvergehen, Urheberrechtsvergehen – all dies sollte dem Fotografen Harald Hauswald und dem Schriftsteller Lutz Rathenow angehängt werden. Natürlich ging auch gleich ein Protest in Richtung Bonn, schließlich sei das Buch „ein unfreundlicher Akt“ gegen den „Kulturaustausch DDR-BRD“.

Abgesehen davon, daß jedes unerlaubt im Westen veröffentlichte Buch eines DDR-Autoren zu Sanktionen für diesen führte, war das Bild-Text-Buch der beiden Autoren ein besonders großes Ärgernis: In dem Jahr, in dem die beiden Teile der Stadt mit viel Tamtam „750 Jahre Berlin“ feierten und Erich Honecker für seine Stadthälfte jubelte, „Berlin erblüht schöner denn je auf dem bewährten Weg der Politik zum Wohle des Volkes“, da legte das dünne Buch Seite für Seite dieses Wunschdenken bloß und zeigte die Wirklichkeit. Vom „Schöpfertum des Volkes und von der Lebenskraft des Sozialismus“ war nichts zu sehen. Wohl aber von den Menschen und ihrem Alltag. Von Menschen, die sich behaupteten, und von jenen, die schon gebrochen waren. Von Alten und Jungen, von Suffköppen und Verliebten, von Lebensgier, Hoffnung und Trauer, von Uniformierten und Fahnenwäldern, von Warteschlangen, von Leere, von Einsamkeit und von dieser seltsamen Fremdheit, wenn doch einmal eines der „Wahrzeichen“ der „Hauptstadt der DDR“ zu sehen war. Das bekannteste Bauwerk war natürlich (fast) nie abgelichtet. Die Mauer war nach dem Willen der SED unsichtbar, und auch Harald Hauswald hat nur am Brandenburger Tor aus der Ferne einen Blick auf sie erhascht. Doch die Mauer war überall. All den Parolen, Staatskarossen, Fackelzügen und dem winkenden Honecker zum Trotz – als Subtext war sie allgegenwärtig.

Es war ein unzensurierter Blick nach „drüben“. Es mußte nichts kritisiert, analysiert, gedeutet werden. Bilder wirken sofort. Und das war die Bedrohung. Erich Honecker wollte als gleichberechtigtes Oberhaupt des zweiten deutschen Staates gelten. Des zweiten? Berlin ist das „geistig-kulturelle Zentrum der sich in der DDR herausbildenden sozialistischen deutschen Nation,“ schrieb der Staats- und Parteichef 1986. Da streifte Hauswald

schon längst mit seiner Kamera durch Ost-Berlin.

Berlin reize als „konzentrierter Ausdruck des Staates,“ schreibt Lutz Rathenow in einem seiner Texte, „überwacher und doch freier als im überschaubaren Rest der Republik“ sei man gewesen. Seine Erinnerungen, Reportagen, Essays kompletieren nicht bloß die Fotos, sondern erzählen das, was auf den Bildern nur zu ahnen ist. Natürlich brauchen Texte mehr Zeit. Doch es lohnt sich. „Wer schlechte Noten bekommt, ist nicht für den Frieden“, sagt die Lehrerin.“ Das erzählte ein frisch eingeschultes Mädchen, berichtet Rathenow. Schon deswegen ist das Buch nichts für Ostalgiker und nichts für „Die Linke“, ehemals PDS, ehemals SED, die inzwischen so gern auf die einstigen „Errungenschaften“ verweist, zum Beispiel im Bildungswesen. Und genau deswegen ist das Buch ausgezeichnetes Anschauungsmaterial für Schüler und für alle Nachgeborenen, die den Filmen, Memoiren und Erinnerungen nicht über den Weg trauen mit ihrer konstruierten, geradegebogenen Wirklichkeit. Und – ja, es ist auch so – es steht wirklich nicht alles in den Stasi-Akten. Und deswegen ist es gut, daß der Jaron Verlag das Buch 2005 wieder aufgelegt hat, und er seitdem wohl selbst überrascht ist von der Nachfrage. Inzwischen ist die dritte Nachwende-Auflage erschienen, und Hauswald und Rathenow sind nicht nur in Deutschland, sondern auch in den Nachbarländern mit Lesungen und Ausstellungen unterwegs.

Es geht nicht darum, ein Land nachträglich zu desavouieren. Es geht darum zu zeigen, was war. Demjenigen, der dieses eine Bild vom Bruce-Springsteen-Konzert 1988 in Weißensee gesehen hat, muß man über die FDJ nicht mehr viel erklären. Tragikomische Gesichter der Ordner im Blauhemd, getrennt durch eine unscheinbare Wand von der wirklichen Begeisterung bei diesem größten, je in der DDR stattgefundenen Konzert. Es ist

glasklar: Die „Kampfreserve der Partei“ hatte selbst keinen Sprit mehr. Apropos Sprit – der „Trabant“ ist neben der Mauer das zweite „inoffizielle“ Wahrzeichen. Auf dem Titelbild wird er noch geschoben, auf dem letzten Foto liegt er im Sperrmüllcontainer. Das ist allerdings ein Bild, was es in der Erstauflage von 1987 noch nicht zu sehen gab. Der „Trabant“ als Metapher und ewige Requisite des „Arbeiter- und Bauernstaates“ hatte ausgedient. Noch nicht einmal Schrott ist er, nur Müll. Doch auch das muß gesagt werden: Wohl gab es den „Trabi“ wirklich überall, doch das Buch zeigt Ost-Berlin, nicht die ganze DDR. Berlin war nicht das Pars pro toto. Die DDR war ein fraktioniertes Land, aufgespalten in Milieus und Nischen. Der Alltag in Bützow oder Pietzpuhl sah schon wieder ganz anders aus als im Prenzlauer Berg. Dort war auch kein Hauswald und kein Rathenow unterwegs. Leider.

„Nichts verschwindet wirklich“, schreibt Lutz Rathenow im Vorwort zur dritten Auflage des Bildbandes *Ost-Berlin*. Und das Duo Hauswald/Rathenow liefert den Beweis in einem zweiten Buch gleich mit. Mit *Gewendet. Vor und nach dem Mauerfall: Texte und Fotos aus dem Osten* machen sie da weiter, wo sie mit *Ost-Berlin* 1990 aufgehört haben. Manches alte Foto begegnet einem wieder. Allerdings beschränken sich die Autoren nicht mehr nur auf Ost-Berlin, sondern sind ins Ost-Land hinausgefahren. Altes wird Neuem gegenübergestellt. Die Autos sind größer, die Häuser saniert, die Läden voller Waren und die Frauenkirche steht wieder. Gewiß, solche Fotogegenüberstellungen „damals – heute“ gibt es schon einige, sie leben stets aus dem Überraschungsmoment, daher sind auch die Bildunterschriften meist überflüssig. Doch die Fotos leben auch hier von dem, der hinter der Kamera stand. Am Schluß dieses Buches ergreift Harald Hauswald selbst das Wort. Eigentlich wollte er nur sagen, daß

er mit dem Titel *Gewendet* nicht besonders glücklich sei. Für ihn sei es schlicht die „Maueröffnung“ gewesen. Doch dann wird Hauswald, der sonst lieber schweigt, grundsätzlich. Damals Parteiparolen, heute Werbung? Gibt es sonst keinen Unterschied? Doch. „Die Gegenüberstellung von Vorher und Nachher soll erinnern helfen und Sprüchen wie ‚Es war ja nicht alles schlecht!‘ entgegenwirken“, schreibt er. Die DDR sei eine Käseglocke gewesen. „Das Leben ist für mich nicht leichter geworden seit der Maueröffnung – doch ich fühle mich wesentlich freier, und das ist das Entscheidende.“ Wie wahr.

*Thomas Gerlach*

**Herbstritt, Georg: Bundesbürger im Dienst der DDR-Spionage. Eine analytische Studie. Analysen und Dokumente, Bd. 29, Wissenschaftliche Reihe der BStU. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2007, 459 S., 29,90 €.**

Das Buch von Georg Herbstritt ist für die Beurteilung der Ausmaße und der Auswirkungen der Spionage für die DDR sehr wichtig, denn für manche Autoren war die Bundesrepublik Deutschland eine „unterwanderte Republik“, und das Ministerium für Staatssicherheit selbst war ja auch sehr stolz auf seine Erfolge im Westen. In seinem Buch prüft und analysiert der Autor sehr genau die Erfolge und Mißerfolge der ostdeutschen Spione im Westen und zieht eine Bilanz. Er ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Bildung und Forschung der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes (BStU).

Herbstritt untersucht insgesamt 499 Fälle sogenannter West-IM anhand der Gerichtsakten, die von der „Siegerjustiz“ nach der Wiedervereinigung Deutschlands dazu angelegt worden waren. Dabei wird das juristische Problem der Unterscheidung zwischen Ost-Spion und West-Spion ebenso dargestellt wie der Verlauf und Ausgang der entsprechenden Prozes-

se. Danach beschreibt der Autor die Sozialstruktur und die Rekrutierung der Agenten sowie deren Motive und Motivationen. Die West-IM kamen aus sehr vielen Berufsgruppen. Herbstritt meint, „das MfS wußte mit fast jedem Beruf etwas anzufangen“. Die Methoden der Anwerbung waren so verschieden wie die Berufe oder die soziale Stellung der Kandidaten. Im letzten Teil seines Buches untersucht der Autor die „Ziele, Erfolge und Schwächen“ der Spionage für die DDR.

Besonders erschreckend ist dabei das Kapitel über den Einsatz der West-IM gegen ausreisewillige Bürger der DDR und gegen Fluchthelfer. „Der offene Haß, der im MfS gegen Ausreisewillige und Fluchthelfer gehegt wurde, schlug sich auch in einer besonders aggressiven Vorgehensweise des MfS in diesem Bereich nieder.“ Die entsprechenden Prozesse belegen auch die Erteilung konkreter Mordbefehle durch die Stasi-Generäle Bruno Beater und Gerhard Neiber. In 30 der untersuchten 499 Verfahren war gerichtskundig geworden, „daß Menschen aufgrund der Spitzelberichte der West-IM in der DDR zu Haftstrafen verurteilt wurden, weil sie aus dem Land fliehen wollten oder als Fluchthelfer tätig wurden“.

Zur Einschätzung des Umfangs der Spionage und der Größe des dadurch für die Bundesrepublik angerichteten Schadens resümiert der Autor: „Die DDR-Geheimdienste waren in einem Ausmaß in die bundesdeutsche Gesellschaft und ihre Institutionen eingedrungen, das in vielerlei Hinsicht beispiellos ist. Die weitgehende Aufdeckung ihrer geheimdienstlichen Aktivitäten nach 1989 förderte noch einmal das Bild von ihrer überragenden Leistungsfähigkeit. Die Spionageprozesse lieferten dafür viele konkrete Beispiele.“ Von den 499 in dem Buch erfaßten Fällen haben nach den Urteilen der Gerichte nur 22 West-IM einen schweren Schaden oder Nachteil für die Bundesrepublik Deutschland bzw. ihre äußere Sicherheit angerich-

tet. Allerdings hätten deren Informationen die Verteidigungsfähigkeit der Bundesrepublik gefährden und sogar kriegsentscheidend sein können.

Herbstritt schildert aber auch die konkreten Probleme des MfS in den letzten dreißig Jahren der deutschen Ost-West-Spionage. In den ersten zwanzig Jahren nach dem Mauerbau konnte die HVA ihr Spionagenetz kontinuierlich ausbauen. Danach begann parallel mit dem Verfall der DDR auch der Niedergang ihrer Westspionage. Hier hatten ökonomische und ideologische Fakten große Bedeutung. Die drohende Zahlungsunfähigkeit der DDR erreichte auch die Spione, die zur Sparsamkeit aufgefordert werden mußten. Im Stasi-Jargon hieß das „Erhöhung der Effektivität der tschekistischen Arbeit“. Schlimmer war aber das Problem mit der Ideologie. Die DDR als besseres Deutschland war in den achtziger Jahren im Westen nicht mehr attraktiv. Selbst der Sozialismus schien in der Sowjetunion frischer zu sein als hinter der Mauer. So kam es zu ernsthaften Rekrutierungsproblemen für die HVA.

Die DDR hat das ganze Spitzelwesen nicht gerettet. Insofern darf man generell am Sinn von Geheimdiensten zweifeln. Darin waren sich sogar Helmut Schmidt und Markus Wolf einig – allerdings erst nach dem Ende der DDR.

*Enrico Seewald*

**Weil, Francesca: Zielgruppe Ärzteschaft. Ärzte als inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR. Berichte und Studien, Bd. 54. Göttingen: V & R unipress 2007, 308 S., 32,90 €.**

Der Anteil an Inoffiziellen Mitarbeitern (IM) unter den Ärzten in der DDR lag zwischen drei und fünf Prozent und war somit wesentlich höher als der Prozentsatz von IM im DDR-Durchschnitt. Um so interessanter erscheint die vorliegende empirische Studie Francesca Weils, in

deren Verlauf 493 IM-Akten ausgewertet und 21 Leitfadeninterviews mit ehemaligen IM durchgeführt wurden, um diesen beunruhigenden Befund näher zu untersuchen. Dabei springen zwei Aspekte ins Auge, die die bevorzugte Anwerbung von Ärzten als IM erklären. Zum einen die professionelle Seite. Sie bringt Ärzte sehr nahe an die Patienten heran und führt in der Regel zu einer engen und vertrauensvollen Bindung zwischen Arzt und Patient. Zum zweiten erfährt der Arzt über die Krankengeschichte zahlreiche Details aus dem beruflichen und privaten Leben seiner Patienten. Als Vertrauensperson hat der Mediziner sein Ohr sehr nah am sprichwörtlichen Puls der Zeit.

Neben der Ausnutzung politischer Überzeugungen und persönlicher Interessen (höhere Bezahlung, der Wunsch nach Autoerwerb und Studienplätzen für die Kinder) waren auch Wiedergutmachungsanwerbungen und damit verbundene Erpressungen von Ärzten eine gängige Stasi-Praxis. Dieser Weg wurde beschritten, wenn Ärzte sich zivilrechtlich oder durch Behandlungsfehler etwas hatten zuschulden kommen lassen und sich dem MfS dadurch Angriffsflächen boten. Unter Androhung des Approbationsentzugs wurden immerhin in 53 der 493 von Francesca Weil untersuchten Fälle Ärzte als IM geworben. Ohnehin war die Stimmung im Gesundheitswesen nicht sehr gut. Ärzte wurden immer mehr aus der Freiberuflichkeit gedrängt. 1988 waren nur noch 1,2 Prozent aller Ärzte und 4,6 Prozent aller Zahnärzte in freien Praxen tätig. Die Verstaatlichung der Gesundheitsversorgung war fast vollständig abgeschlossen.

Leider verfällt Francesca Weils Studie häufig in den deskriptiven Nominalstil des untersuchten Archivmaterials, was ihre Arbeit zuweilen schwer lesbar macht. So schreibt die Autorin über das ärztliche Anforderungsprofil in der DDR, diesem liege „eine Einheit von marxistisch-

leninistischer Grundhaltung, humanitärer Gesinnung, Anwendung exakter Wissenschaft und sozialistischer Leistungstätigkeit“ zugrunde.

Da die Ärzte in der DDR seit Ende der fünfziger Jahre keine Gehaltserhöhungen mehr erhalten hatten und manche Schwester im Krankenhaus mehr als ein approbierte Mediziner verdiente, war ein weiteres Motiv für die Zusammenarbeit mit dem MfS finanzieller Natur. Ein zusätzliches Kontrollinteresse des MfS ergab sich daraus, daß sich die meisten Ärzte gegen eine Mitgliedschaft in der Partei entschieden, und viele Mediziner sich mit Abwanderungsgedanken in die Bundesrepublik trugen, wo sie eine vielversprechende Berufsperspektive erwartete.

Die Gesundheit gilt dem Menschen, wie es heißt, als „höchstes Gut“. Leider war es um dieses Gut in der DDR nicht sonderlich gut bestellt. So wurde etwa in einem Psychatriekrankenhaus der Stellenplan nur zu 32 Prozent erfüllt. Medikamente waren knapp, und es mangelte teils an den primitivsten Dingen. Erste IM-Berichte zu dieser Lage gab es 1966. Sechsstündige Operationen wurden in OP-Sälen ohne Klimaanlage durchgeführt. Einige IM erhofften sich daher von Ihrer Verbindung zum MfS Verbesserungen an ihrem Arbeitsplatz, vor allem im Bereich der medizinischen Versorgung. Das aber war nur einer von vielen Trugschlüssen. Zahlreiche Ärzte brachen später enttäuscht die Zusammenarbeit mit der Stasi wieder ab. Bis zuletzt konnte die Staatssicherheit an der desolaten Situation des Gesundheitswesens nichts ändern, die Republikflucht unter Ärzten verstärkte sich. Aufgrund der zentralistischen Überbürokratisierung und der wirtschaftlichen Gesamtsituation waren die leitenden Instanzen des Gesundheitswesens wie auch die Kreis- und Bezirksärzte maßlos überfordert.

Schwerpunkte der Stasi-Kontrolle lagen in den Bereichen der Sportmedizin, insbesondere natürlich beim Doping. Auch in-

ternational tätige Forscher und Mediziner wurden als Reisekader besonders überwacht. Überwacht wurden auch Ärzte mit Kontakten zur Pharmaindustrie des Westens und solche, die zu Verwandtenbesuchen ins westliche Ausland reisen wollten. Generell befanden sich DDR-Ärzte häufig in einer Zwickmühle zwischen Berufsethos und gesetzlichen Bestimmungen. Die „ärztliche Schweigepflicht“ kollidierte, wie die Autorin schreibt, mit dem Straftatbestand einer „Nichtanzeige von Straftaten (z. B. Republikflucht)“. Bei „Anzeigenunterlassung des Vorhabens, der Vorbereitung und der Ausführung von Verbrechen vor deren Beendigung“ drohten Ärzten Freiheitsstrafen bis zu fünf, in schweren Fällen bis zu zehn Jahren. Aufgrund dieser Strafandrohung konnten Mediziner in dramatische Gewissenskonflikte geraten, wenn ihnen Patienten über Fluchtpläne aus der DDR berichteten. Laut der vorliegenden Studie verletzten 28 Prozent der untersuchten IM die Schweigepflicht. Dabei fanden sich die meisten dieser treuebrüchigen Ärzte in leitenden Positionen des „öffentlichen“ Gesundheitswesens, sprich sie waren Kreis- und Bezirksärzte sowie Ärztliche Direktoren und Chefarzte (29 bis 53 Prozent), weniger waren einfache Ärzte oder Oberärzte (13 bis 25 Prozent). Mehrere als IM angeworbene Ärzte verrieteten der Stasi „Republikfluchtpläne“ von Patienten. Damit zogen sie die inoffizielle Berichterstattung an die Staatssicherheit der offiziellen, gesetzlich geregelten Anzeigepflicht von „politischen Delikten“ vor. Die Übermittlung von ärztlichen Informationen aus der Intimsphäre von Patienten reichte bis zu kleinsten Detailschilderungen und Wertungen, wie etwa die Bezeichnung einer Patientin als „Edelnute“ zeigt. Oft landeten solche persönlichen Einschätzungen der IM dann als Tatbestand in den sachlichen MfS-Aktenvermerken, als Droh- oder Denunziationspotential für spätere „Stasi-Maßnahmen“ gegen die betroffenen Patienten.

Die Autorin hat auch Fälle untersucht, in denen Ärzte ihre Zusammenarbeit mit der Stasi aufgekündigt haben. Ein ehemaliger IM mußte sogar eine fünfjährige Haftstrafe in Kauf nehmen (während seines Gefängnisaufenthaltes lehnte er eine weitere Kooperation erneut ab), bevor sein Ausreiseantrag genehmigt wurde und er die DDR verlassen durfte. Viele ihrer Interviewpartner bedankten sich bei der Autorin für die Chance, endlich einmal über ihre IM-Vergangenheit sprechen zu können. Typisch sind Bemerkungen wie: „Eigentlich übernehmen Sie die Rolle eines Psychotherapeuten“; „Jetzt geht es mir besser“ oder „Jetzt kann ich das Thema vielleicht doch für mich abschließen“. Francesca Weil merkt an, daß die überwiegende Mehrheit der untersuchten Mediziner laut Stasiakten ein sehr starkes berufliches und soziales Engagement an den Tag legte.

Nach dem Ende der DDR wurde der Vertrauensbruch dieser Ärzte nicht geahndet. Zum einen bot der der Einigungsvertrag für eine Regelüberprüfung von Ärzten keine gesetzliche Grundlage, zum anderen gab es innerorganisatorische Probleme in der Gauck-Behörde. Durch die dezentrale Lagerung der Akten in den Bezirken war es nicht möglich, eine ehemalige IM-Tätigkeit schnell und wirkungsvoll zu klären. Dr. Sabine Bergmann-Pohl, Medizinerin und Präsidentin der letzten frei gewählten Volkskammer, sagte dort 1990: „Ich denke, daß sich in der großen Zahl der als Abgeordnete gewählten Ärzte das große Vertrauen der Wähler in die Mediziner zeigt, sind viele Bürger doch offenbar der Ansicht, daß die Ärzte ihre Sorgen und Nöte am besten in der Volkskammer vertreten können.“ Dem mag wohl so gewesen sein, denn es war ja nur eine kleine Minderheit unter den Mediziner, die sich gegenüber der Stasi zum Patientenverrat bereitfand.

*Christian Schulze*

**Reichert, Steffen: Unter Kontrolle. Die Martin-Luther-Universität und das Ministerium für Staatssicherheit 1968–1989, 2 Bände. Halle (Saale): Mitteldeutscher Verlag 2007, 675 S., 46,00 €.**

Auf den ersten 77 Seiten des ersten Bandes (Darstellung) beschreibt Reichert, wie Partei (Abteilung Wissenschaften des ZK, Bezirksleitung [BL] Halle, Universitätsparteilitung) und Staat (Ministerrat, Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen [MFH]) die Martin-Luther-Universität Halle (MLU) angeleitet und kontrolliert haben. Während die herkömmliche deutsche Universität eine Kollegialverfassung hatte (einjährige Wahlperiode des Rektors und der Dekane mit anschließender einjähriger Wahlperiode des Prorektors und der Prodekane), galt an den Universitäten der DDR seit der Dritten Hochschulreform (1968 und 1969) das Prinzip der Einzelleitung. Leitungspositionen wurden nicht gewählt, sondern entsprechend der Nomenklatur von den zuständigen Partei- und Staatsorganen besetzt. Reichert macht einige Angaben zum Nomenklatursystem, die jedoch ergänzungsbedürftig sind: Zur Nomenklatur des Sekretariats des ZK gehörte nur der Rektor, auf Vorschlag des Ministerrats. Die übrigen von ihm an dieser Stelle Genannten gehörten zur „Kontrollnomenklatur“ der ZK-Abteilung. Bis auf den Sekretär der Grundorganisation der Partei, der zur Nomenklatur des Sekretariats der BL Halle gehörte, wurden sie vom MFH vorgeschlagen: die Prorektoren und der Direktor der Sektion für Marxismus-Leninismus. Dieser gehörte zusätzlich zur Kontrollnomenklatur der Abteilung Volksbildung/Wissenschaften der BL Halle. Die auf acht Organigrammen (für die Jahre 1973 bis 1989) dargestellte Leitungsstruktur der MLU veranschaulicht die beiden Leitungsebenen: Zur ersten gehörten der Rektor, die fünf Prorektoren (die folgenden Angaben beziehen sich auf die Struktur vom 1. September

1989) und die neun Direktorate (für Studienangelegenheiten, Forschung, Internationale Beziehungen, Verwaltung, Kader und Qualifizierung, Wirtschaft und Soziales, Weiterbildung, Ökonomie, Technik). Das Konzil war kein Beschlußorgan, sondern ein Beratungsorgan des Rektors. Die formal noch bestehenden fünf alten Fakultäten verloren ihre wichtigsten Kompetenzen an die zur zweiten Leitungsebene gehörenden 26 Sektionen, an deren Spitze vom Rektor ernannte Direktoren standen (unter anderem Marxismus-Leninismus, Biowissenschaften, Erziehungswissenschaften, Geographie, Germanistik und Kunstwissenschaften, Staats- und Rechtswissenschaften, Fremdsprachen, Theologie und der Bereich Medizin, in dem die Hälfte der Beschäftigten der MLU arbeitete).

Für die MLU zuständig war die Bezirksverwaltung (BV) Halle des MfS, insbesondere das Hochschulreferat XX/8, in dem 1987 acht Offiziere (vier Majore und vier Hauptleute) Dienst taten. Für die Überwachung der „spionagegefährdeten“ ausländischen Studenten war die Abteilung II (Abwehr) zuständig, für die Kontrolle der Sektion Theologie das Kirchenreferat XX/4 und für die Überwachung der Mediziner das Referat Gesundheitswesen XX/1. Das Bindeglied zwischen dem MfS und der MLU war der Beauftragte für Sicherheit und Geheimnisschutz (BSG), der in einem gemeinsamen Antrag des MfS und des Rektors zur Bestätigung durch das MFH eingereicht und zusätzlich durch die vorgesetzte Berliner Dienststeinheit, die Hauptabteilung (HA) XX des MfS, bestätigt wurde. Er wurde über eine Planstelle des MFH bezahlt, durfte an allen Dienstbesprechungen des Rektors teilnehmen, alle erforderlichen Auskünfte, Berichte und Unterlagen, einschließlich Kaderunterlagen, anfordern und „Empfehlungen und Hinweise“ geben. Nach seiner Entlassung Ende 1989 sagte er aus, direkte Verbindun-

gen zum MfS hätten außer ihm und dem Leiter der VS-Hauptstelle alle Prorektoren, Sektionsdirektoren und Stellvertreter sowie die Wissenschaftlichen Sekretäre gehabt.

Wegen der Bedeutung der Inoffiziellen Mitarbeiter (IM) für die operative Arbeit des MfS wäre es wichtig zu wissen, wie viele Professoren, Dozenten und Assistenten, sonstige Mitarbeiter und Studenten diesem Personenkreis zuzurechnen sind. Reichert kann nur pauschal die Gesamtzahl in den achtziger Jahren mit 500 beziffern. Er hat 163 IM-Akten ausgewertet und scheut sich nicht, Klarnamen zu nennen. So enthält die Tabelle 24 die Namen von 12 IME (IM für besonderen Einsatz), die Tabelle 27 die Namen von 15 FIM (IM zur Führung anderer IM). Gründlich ausgewertet hat er die 86 KW-Akten, die konspirative Wohnungen, Deckadressen und Kontaktzimmer enthalten (Tabelle 30). In der Verwaltung der MLU wurden mehrere Offiziere im besonderen Einsatz (OibE) platziert, die insbesondere im Personalwesen tätig waren. OibE war auch der stellvertretende Direktor für Internationale Beziehungen, der eine Kontrolle über 300 Reisekader ausübte, von denen 40 IM waren. Die IM waren die Instrumente, mit denen unter anderem folgende Ziele erreicht werden sollten:

- Unterbindung und Bekämpfung „feindlich-negativen“ Verhaltens unter Nutzung aller Mittel der „Zersetzung“,
- Sicherstellung des reibungslosen Lehr- und Forschungsbetriebs im Sinne der politischen Vorgaben der SED,
- Ermittlungsverfahren gegen Universitätsangehörige wegen des Vorwurfs politischer oder schwerwiegender strafrechtlicher Verfehlungen,
- Einflußnahme auf Besetzung von Führungspositionen mit regimekonformen Personen,
- vollständige Kontrolle des umfangreichen Reiseverkehrs.

Zudem wurden Wissenschaftler der MLU

als Gutachter fachspezifischer Unterlagen benutzt, die der Geheimdienst im Ausland beschafft hat. Über Buchmanuskripte und Kunstwerke vermeintlicher Oppositioneller wurden Gutachten besonders zuverlässiger IM angefordert. IM-Reisekader wurden in Zusammenarbeit mit der Hauptverwaltung Aufklärung (HV A) zu Spionage angehalten. Sie sollten unter anderem stabile Beziehungen „zu hauptamtlichen Mitarbeitern und Agenturen imperialistischer Geheimdienste (herstellen), zu Personen aus Zentren, Institutionen und Kräften, die Sabotageangriffe gegen die DDR ausführen“.

Das Kapitel „Ende und Neuanfang“ schließt mit den Worten: „Im Rückblick gab es trotz aller Widrigkeiten keine Alternative zu dem strukturellen und personellen Umbau, wie er an der Martin-Luther-Universität nach 1990 bei laufendem Lehrbetrieb praktiziert wurde. Die Universität hatte sich nach mehr als 40 Jahren, in denen sie politisch eingeeignet war, aus eigener Kraft wieder auf ihre Jahrhunderte alte Tradition einer der Freiheit von Forschung und Lehre verpflichteten Bildungseinrichtung zurückbesonnen.“ In seiner Zusammenfassung betont Reichert: „Der Aufbau von Strukturen des MfS und die Besetzung von Führungspositionen durch hauptamtliche Mitarbeiter erfolgte stets auf der Grundlage von Weisungen und Beschlüssen der jeweils zuständigen SED-Gremien, wobei insbesondere die SED-Bezirksleitung und die Universitätsparteileitung eine zentrale Rolle spielten. Das MfS hat regelmäßig und weisungsgemäß Lagebeschreibungen für den SED-Apparat erarbeitet und trotz des obersten Grundsatzes der unbedingten Konspiration bei herausragenden Operationen, die bis zur Berufung von Professoren reichten, die Zustimmung durch den SED-Apparat eingeholt.“

Die Arbeit mit diesem Werk, dem man viele Leser wünscht, wird erleichtert durch einen schmalen Band 2. Er enthält

das Abkürzungsverzeichnis, die Aufstellung der benutzten Quellen und Darstellungen, ein 69 Seiten umfassendes Verzeichnis mit 200 Kurzbiographien und ein Personenregister.

*Otto Wenzel*

**Kaiser, Tobias: Karl Griewank (1900–1953) – ein deutscher Historiker im „Zeitalter der Extreme“. Pallas Athene. Beiträge zur Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte, Bd. 23. Stuttgart: Franz Steiner 2007, 528 S., 60 €.**

Wenn es in der Generationenabfolge Deutschlands eine „Gnade der späten Geburt“ gibt, so wohl auch die Doppelanfechtungen der frühen Jahrgänge. Wer zur Jahrhundertwende geboren wurde, dessen Leben fiel nicht nur in eins mit den nationalgeschichtlichen Strukturdaten wie 1918, 1933, 1939, 1945, 1949, sondern auch – im Osten – mit den Verwerfungen zweier deutscher Diktaturen. Falscher Zuspruch und mögliche Widerständigkeit lassen sich vor oder nach 1945 nicht mit „zu jung“ oder „zu alt“ wegreden. Die Dissertation von Tobias Kaiser, 2004 in Jena eingereicht, buchstabiert diese Verantwortung minutiös für das Leben Karl Griewanks, zuletzt Neuzeithistoriker in Jena. Dabei ist es nicht Griewanks doch recht überschaubares Werk, geschuldet seiner späten Wissenschaftlerexistenz und seinem frühen Tod, das ihn vornehmlich interessant macht, sondern jener Gang durch die Anfechtungen deutscher Diktaturgeschichte. Biographieforschung verbindet der Autor mit einer beeindruckenden Materialschau zu akademischen Diskursen, Milieus, Netzwerken, Karrierezusammenhängen, Historikerlebensläufen und Institutionengeschichte. Kaiser, Jahrgang 1971, seit 2002 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt „Jenaer Universitätsgeschichte im 20. Jahrhundert“, verschreibt sich hier einer Historiographiegeschichte nach dem Schieder-Conze-Debakel im Sinne von E. H. Carrs Aufforde-

rung: „Studiere den Historiker, bevor du anfängst die Fakten zu studieren.“

Zur Person Griewank: geboren 1900 in Bützow, Mecklenburg-Schwerin, der Vater Arzt, das familiäre Umfeld protestantisch-national. Schon als Geschichtsstudent demokratisch orientiert, promoviert er 1922 bei Willy Andreas in Rostock und wird anschließend Hauslehrer und Berliner Lokalredakteur. Von 1926 bis 1945 arbeitet er als Fachreferent der „Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft“ bzw. der „Deutschen Forschungsgemeinschaft“. Als Wissenschaftsorganisator mit Verhandlungsgeschick und Arbeitseifer trägt er – nach einer kurzen Hoffnung auf die „nationale Revolution“ – den erzwungenen Umbau der Forschungsinstitution im Sinne der nationalsozialistischen Diktatur notgedrungen mit, gilt Eingeweihten aber als Träger einer Wissenschaft im Geiste der Weimarer Republik. 1942 habilitiert er sich in Frankfurt am Main mit einer Arbeit zum Wiener Kongreß und der Neuordnung Europas – eine zeitpolitisch brisante Thematik. Griewank tritt nie der NSDAP bei, auch nicht dem NS-Studentenbund, beschränkt sich in seiner Arbeit ganz auf die Historie, behält Kontakt zur Bekennenden Kirche. 1946 wird er in der Sowjetischen Besatzungszone auf einen Lehrstuhl in Jena berufen, den er bis zu seinem Selbstmord 1953 innehat.

Kaiser zeichnet das Bild eines Historikers, der von der inneren Emigration während der ersten deutschen Diktatur zum maßgebenden Streiter mit offenem Visier in der zweiten wechselt: ein auf die deutsche Einheit Hoffender im Aufbruch des antifaschistischen Neuanfangs. Als erklärter „Nichtmarxist“ bietet er den Vertretern des Historischen Materialismus öffentlich Paroli und forscht zum neuzeitlichen Revolutionsbegriff. Als Dekan der philosophischen Fakultät vermag er den Spielraum eines freien Wissenschaftsbetriebes zunächst geschickt zu verteidigen.

Zwei Jahre später ist die Hoffnung des Anfangs verfliegen. „[...] alles deutet darauf hin“, schreibt Griewank in einem Brief an Gerhard Ritter im Januar 1950, „daß man hier nur rasch der sogen. ‚Volksdemokratie‘, d. h. dem ausschließlich kommunistisch geleiteten totalitären Polizeistaat zusteuert, und daß für nichtmarxistische Geschichtswissenschaftler in Bälde kein Platz mehr sein wird“. Es folgen politisch motivierte Entlassungen und Lehrstuhlbesetzungen, öffentliche Anprangerungen, ein SED-Rektor, von dem kein Schutz zu erwarten ist, selektive Studentenauswahl, Exmatrikulationen, Diskussionen in Form von Inquisitionstribunalen, Aufrufe zur Bespitzelung und ermüdende Konfrontationen mit dem „Heilslehren-Marxismus“. Im Herbst 1952 zeigen sich bei Griewank starke Symptome des Scheiterns: Depression, Nächte ohne Schlaf und Entschlußlosigkeit. Selbst zur Flucht hat er keine Kraft. Zu diesem Zeitpunkt ist er einer der zwei letzten „nichtmarxistischen“ Neuzeithistoriker in der DDR. „Hilferufe“ an Professoren im Westen verhallen. Im Kontext des 17. Juni 1953 spitzt sich die Situation noch einmal zu: Griewanks beste Schüler finden keine Anstellung, werden vom KGB verhört, fliehen, werden auf dem Universitätsgelände verhaftet. Seine engste Assistentin sucht monatelang verzweifelt ihren verschleppten Mann, ebenfalls ein Griewank-Schüler, ein Herausgeber-Kollege wird inhaftiert. Griewank versucht, seine Studenten und die Fakultät zu schützen. Die lang ersehnte Stelle als Sekretär der Historischen Kommission der Bayerischen Akademie der Wissenschaften tritt er nicht an, weil die DDR-Führung ihm die Ausreise verweigert. Eine Flucht kommt für ihn nicht in Frage. Seine Situation ist aussichtslos. Im Oktober 1953 entschließt er sich zur Selbsteinweisung in die Psychiatrie. Während eines Freigangs legt er sich mit dem Kopf auf die nahen Eisenbahngleise. In seinem Abschiedsbrief erklärt er, daß er sich zu einem Lehramt unter

den Verhältnissen in der Sowjetzone nicht mehr imstande sieht.

Es ist das große Verdienst von Kaisers Studie, die Sowjetisierung an einer noch längere Zeit bürgerlich dominierten Geschichts-Fakultät, mit zwei, dann drei Professoren und 90 Hauptfachstudenten (1950), quellen- und facettenreich nachgezeichnet zu haben. Wer den Kulissenumbau der Geisteswissenschaften in eine geisttötende Legitimationswissenschaft in der DDR verstehen will, kann das anschaulich anhand des hier ausgebreiteten Materials. Was bleibt, ist die Frage nach dem Verhältnis zwischen dem aussagekräftigen Quellenmaterial und der fehlenden analytischen Brennschärfe des Autors in bezug auf den Charakter der zweiten deutschen Diktatur und das Schicksal seines Protagonisten. In Kaisers ausdifferenziertem Wissenschaftsdiskurs wird die Machtfrage schlicht verleugnet. Die kleinteilige Analyse lotet die Ambivalenzen des Diktaturalltags aus, zeigt die vorläufige Angewiesenheit der neuen Machthaber auf die bürgerlichen Wissenschaftler, konstatiert, daß in Jena der „Sturm auf die Wissenschaft“ eher ein länger andauerndes Wehen war, ja, daß es nicht *den* stalinistischen Masterplan zum Umbau gab. Diese Ergebnisse sind interessant, aber daraus auf eine Offenheit der Situation zu schließen, hieße, den Charakter der Regime im „Zeitalter der Extreme“ gründlich mißzuverstehen.

Kaiser argumentiert so, als wenn es Entwicklungsalternativen gegeben hätte, schreibt von verbauten „Verständigungschancen“ zwischen Marxisten und Nichtmarxisten, von „strukturellen Defiziten der DDR“, vom „vielfachen Nichtverstehen“. Die vollständige machtpolitische Inanspruchnahme der Geisteswissenschaften stand aber nie zur Diskussion, höchstens der Weg. Dies auszublenden und der fehlende Versuch, die Persönlichkeit Griewanks zu charakterisieren, führen notge-

drungen zu Kaisers irritierender These bezüglich des Selbstmords, die lautet, „dass keine äußeren Gründe das, was geschehen ist, erklärlich machen“. Wo der Autor sonst mit „lebensweltlicher Wahrnehmung“ argumentiert, vermag er jetzt keine „objektiven Gründe“ für den Suizid auszumachen.

„Man kann Karl mit gutem Grund ein Opfer der Ostzone nennen“, schreibt der Bruder wenige Tage nach Griewanks Selbsttötung, „auch wenn kein akuter Konflikt vorlag“. Seine Witwe spricht von den „Belastungen der Ostzone wie den besonderen seines Berufes“, denen ihr Mann nicht mehr gewachsen war. Nach seiner minutiösen Quellenschau kommen auch Kaiser auf Seite 400 leise Zweifel an seiner eigenen Interpretationsfolie. Kurz innehaltend fragt er, ob nicht vielleicht doch der „politische Druck als Grund für den Suizid wieder höher [zu] bewerten“ sei, um am Schluß seine fragwürdige These erneut festzuschreiben. Der Versuch, die Ursachen eines Selbstmordes auszuloten, ist das eine, die Würdigung einer vorbildlichen Wissenschaftlerexistenz in diktatorischen Zeiten das andere. Für Griewank steht sie noch aus. „Wie weit brauchen wir sie [die bürgerlichen Historiker; A. P.] noch?“, fragte die Jenaer Verwaltungsdirektorin Hanna Henniger, zum Zeitpunkt von Griewanks Suizid selbst schon Opfer der Säuberungen, im November 1950. „Was kann man mit Griewank noch anfangen?“

*Andreas Petersen*

**Theuer, Werner / Florath, Bernd: Robert Havemann Bibliographie. Berlin: Akademie 2007, 432 S., 59,80 €.**

Als Robert Havemann am Karfreitag 1982 in Grünheide bei Ost-Berlin beerdigt wurde, kontrollierte die Volkspolizei demonstrativ die Personalien so manchen Mitglieds der Trauergemeinde. Die Persönlichkeit des Verstorbenen war den Mächtigen des „realen Sozialismus“ um so mehr

ein Dorn im Auge, da sich Robert Havemann als Marxist und Kommunist verstanden und den politischen Zuständen in der DDR über Jahre hinweg in kritischer Manier einen Spiegel vorgehalten hatte.

Die vorliegende Havemann-Bibliographie ist in mehrerer Hinsicht verdienstvoll und ein Meilenstein in der Würdigung eines streitbaren Geistes. Erstmals werden Wortmeldungen von und über Robert Havemann aus dem Zeitraum 1934 bis 2005 vollständig gesammelt vorgelegt. In mühsamer Forschungsarbeit wurden für den ersten Teil Artikel, Schriften, Bücher und Interviews von Robert Havemann und für den zweiten Teil Sekundärliteratur zu Robert Havemann zusammengetragen. Diese akribische Zusammenstellung bildet neben der bibliographischen Dokumentation ein ungewöhnliches Lesebuch, das einen diachronen Einblick in die ideologischen Turbulenzen eines gewalttätigen Jahrhunderts in Deutschland und Europa gewährt. Der Physikochemiker Havemann war Ende der zwanziger Jahre in Kontakt mit Sozialdemokraten und Kommunisten gekommen und Mitglied der europäisch ausgerichteten Widerstandsgruppe „Neu Beginnen“ geworden. Vom berüchtigten Blutrichter Roland Freisler wurde Havemann im Dezember 1943 zum Tode verurteilt. Als Spezialist für physikalische Chemie gelang es ihm jedoch mit Hilfe von Freunden, die Vollstreckung des Urteils hinauszuschieben, indem er auch im Gefängnis für sogenannte kriegswichtige Forschungen eingesetzt wurde. Ihm wurde eine Laborzelle eingerichtet, von welcher aus Havemann wiederum im Sinne des Widerstandes tätig zu werden verstand. Einer seiner Mithäftlinge war der spätere Staatsratsvorsitzende der DDR, Erich Honecker. Nach dem Krieg setzte sich der Wissenschaftler Robert Havemann für die Errichtung des Sozialismus in der DDR ein und ließ sich willig für die Zwecke des Regimes vereinnahmen. Der große Bruch kam mit Chruschtschows

Entstalinisierungsrede im Jahr 1956. In Essays wie „Warum ich Stalinist war und Anti-Stalinist wurde“ versuchte Robert Havemann später darzulegen, welche intellektuelle und praktische Herausforderung diese Zäsur für einen modernen Kommunisten bedeutete.

Zeit seines Lebens war Robert Havemann ein leidenschaftlicher Naturwissenschaftler, um sich zugleich als engagierter Zeitgenosse zu Wort zu melden. Havemann verkörperte die von der sozialistischen Utopie eingeforderte voll entwickelte Persönlichkeit mit einer Mischung aus Lebenslust und zielstrebigem politischer Leidenschaft. Die Freundschaft mit dem italienischen Marxisten Lucio Lombardo Radice (1916–1982), der in Rom als Mathematikprofessor lehrte, fußte nicht zuletzt auf dieser Kombination aus wissenschaftlicher Neugier und lebensbejahender Sinnlichkeit. Zugleich verband beide die Erfahrung mit der politischen Volksfrontstrategie der dreißiger Jahre. Robert Havemann pflegte aber auch, wie ein umfangreicher Briefwechsel belegt, den intensiven Gedankenaustausch mit sowjetischen wie mit westlichen Wissenschaftlern.

Einen weiteren Vorzug des vorliegenden Bandes stellen bislang unveröffentlichte Texte aus dem Nachlaß dar, wie zum Beispiel Gedächtnisprotokolle, die drei Begegnungen Havemanns mit dem in der Bundesrepublik lebenden Physiker Werner Heisenberg skizzieren. Exemplarisch zeigt sich hier Havemanns Gedankengang, die Ergebnisse der modernen naturwissenschaftlichen Forschung mit den philosophischen Erkenntnissen eines „Marxismus ohne Dogma“ zu verzahnen. Das dialektische Moment des modernen Marxismus bildete für Havemann Ansporn und Garantie, die stalinistische Sklerose überwinden zu können. So würde nicht nur den geknebelten Ländern des „realen Sozialismus“ ein Meilenstein in ihrer gesellschaftlichen Entwicklung er-

möglichst, es würden auch konkrete Perspektiven für eine gesellschaftliche und ökonomische Überwindung des westlichen Kapitalismus geschaffen.

Persönliche Erinnerungen von Manfred Bierwisch und Jens Reich schildern Zeit und Umstände jener Verhältnisse in der DDR, die in den sechziger und siebziger Jahren den Hintergrund von Havemanns Wirken bestimmten. Kenntnissreich charakterisiert der Havemann-Biograph Bernd Florath dessen Publikationsstrategie. Havemanns Wirkung als Mentor für eine sozialistische Opposition blieb aufgrund des vom Regime verfügbaren strikten Veröffentlichungsverbots und zeitweiligem Hausarrest begrenzt. Sein Freund Wolf Biermann hat jedoch nie einen Hehl daraus gemacht, daß er ohne Robert Havemann dem gewaltigen politischen Druck erlegen wäre. Als Wermutstropfen bleibt, daß der im Jahr 2005 überraschend verstorbene Werner Theuer das Erscheinen seiner langjährigen Recherchen nicht mehr erlebt hat.

*Volker Strebel*

**Buckmiller, Michael / Meschkat, Klaus (Hrsg.): Biographisches Handbuch zur Geschichte der Kommunistischen Internationale. Ein deutsch-russisches Forschungsprojekt. Berlin: Akademie 2007, 484 S., 59,80 €.**

Das hier vorzustellende Produkt der Gilde internationaler Kominternforscher – von seinen Machern als biographisches Handbuch offeriert – besteht hinsichtlich der Informationsaufbereitung und -darbietung aus zwei unterschiedlichen Teilen. Dabei handelt es sich um einen Sammelband mit Sachbeiträgen und um das eigentliche „Handbuch“ auf einer CD-ROM. Die Buchpublikation enthält zunächst eine detaillierte Handreichung für die Nutzung des elektronischen Nachschlagwerkes. In diesem Zusammenhang beschreiben die Herausgeber von der Universität Hannover, die das deutsch-russische

Kooperationsprojekt 1998 in Angriff nahmen, auch ausführlich die Entstehungsgeschichte, die Quellengrundlage und die Strukturierung des bisher umfangreichsten Datenpools zu Personen, die mit der Kommunistischen Internationale (KI) in Verbindung standen. Darüber hinaus enthält der Sammelband aufbereitete Vorträge einer internationalen Tagung, die im April 2004 in Hannover stattfand, und an der Vertreter der Kommunismusforschung aus Rußland, der Europäischen Union und Amerika teilnahmen. Einen Schwerpunkt bildet die Darstellung unterschiedlich angelegter Versuche, biographische Informationen größerer Personengruppen aus dem KI- und Kommunismusspektrum einer interessierten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Dazu gehören kollektiv-biographische Editionen zur polnischen Arbeiterbewegung sowie zu den KI-Vertretern aus den französischsprachigen Ländern und Lateinamerika.

Der Schweizer Historiker Peter Huber unterzieht das Führungskorps der KI einer sozio-biographischen und statistischen Querschnittsanalyse. Mit einer ähnlichen Zielstellung versucht Olaf Kirchner aus Leipzig eine empirische Profilbestimmung der „sowjetischen Sektion“ vorzunehmen. Ein methodisches Problem resultiert hier allein schon aus dem Umstand, daß die meisten ausländischen Kommunisten während ihres Arbeitsaufenthaltes im „Vaterland aller Werktätigen“ auch Mitglied der KPdSU(B) wurden. Ergänzt wird der Beitrag von Kirchner durch die Abhandlung von Alexander Vatlin (Moskau). Er zeigt auf, wie sich die „Russifizierung“ der KI vollzog und wie dort die politische, organisatorische und finanzielle Hegemonie der Bolschewistischen Partei schrittweise ausgebaut wurde. In diesem Kontext kam es auch zur schnellen Verdrängung des Deutschen – nach ihrer Gründung war die deutsche Sprache zunächst vorherrschend in der Zentrale der

kommunistischen Weltpartei – durch das Russische.

Weitere Artikel des Sammelbandes befassen sich mit den qualitativen und quantitativen Auswirkungen der staatlich verordneten Massenrepressalien in der UdSSR auf die KI. Erwähnt werden sollen hier insbesondere die fundierten Ausführungen von Wladislaw Hedeler (Berlin) über die Sippenhaft von Familienangehörigen Verhafteter sowie über Deutsche und Österreicherinnen – unabhängig von ihrem KI-Bezug – im Akmolinsker Sonderlager für Ehefrauen von „Verrätern an der Heimat“ in Kasachstan. In einem kurzen Überblick über die Rehabilitierungspolitik in der UdSSR und in Rußland, den er vorangestellt hat, weist Hedeler nochmals ausdrücklich darauf hin, daß mit der Offenlegung der Geheimbefehle des NKWD über die nationalen Operationen die unmittelbare Verantwortung der gesamten sowjetischen Parteiführung an der Planung und Durchführung der Terrorkampagnen bis hin zu konkreten Mengenvorgaben für Verhaftungen und Hinrichtungen dokumentarisch belegt ist – im Gegensatz zu der immer noch vertretenen Schuldzuweisung an dem Einzeltäter Stalin.

Auf der CD-ROM befindet sich einer FileMaker-Datenbank. Sie enthält Einträge zu 28 626 Personen, die während des Forschungsprojekts überprüft wurden. Davon wiederum haben 15 815 Datensätze einen konkreten Bezug zur Komintern. Das heißt, die entsprechenden Personen standen nachweislich mit der KI in unmittelbarer Verbindung oder haben in deren Apparat gearbeitet.

Die hauptsächliche Quellengrundlage für die umfangreichen biographischen Recherchen bildeten die Bestände der Kaderabteilung des KI-Exekutivkomitees im ehemaligen historischen Parteiarchiv der KPdSU. Für 11 998 Personen konnten von den russischen Archivaren – an dieser Stelle ein großer Dank für die geleistete Tätigkeit – Kaderunterlagen erschlossen,

aufbereitet und in der Datenbank erfaßt werden. 1 102 Frauen und Männer, deren KI-Bezug aus anderen Quellen eindeutig belegt ist, haben nach bisherigem Forschungsstand keine Spuren im Moskauer Archiv hinterlassen. Bezüglich 2 715 weiterer Personen, die nach bisherigem Informationsstand auch eine KI-Biographie haben, war es innerhalb des Projektzeitraums nicht möglich, eine Überprüfung vorzunehmen. Ein Abgleich der vorliegenden Materialien mit den möglicherweise existierenden Kaderakten steht hier also noch aus.

Ungeachtet der zunächst beeindruckenden Datenfülle weist auch das Datenbank-„Handbuch“ unübersehbare Lücken auf. So ist es angesichts der Tatsache, daß die KPD innerhalb der KI die zweitgrößte Sektion bildete, eigentlich sehr fragwürdig – da auch von den Herausgebern nicht begründet –, warum die Personalunterlagen im Länderbestand Deutschland, aber auch beispielsweise die von Polen, Frankreich, der Tschechoslowakei und der USA nur „systematisch“ und nicht „vollständig“ ausgewertet wurden. Größere Recherchelücken gibt es darüber hinaus hinsichtlich der kommunistischen Aktivisten aus Bulgarien, China, den Niederlanden und anderen Staaten. Hier wurden die KI-Archivalien sogar nur „stichprobenartig“ eingesehen. Für viele Personeneinträge sind die Moskauer Kaderakten oder die angelegten Dossiers die einzige Datenquelle. Ihre Aussagekraft und ihr Wahrheitsgehalt sind sehr differenziert und müssen vom Nutzer des „Handbuchs“ jeweils kritisch hinterfragt werden. Dafür bedarf es allerdings spezifischen historischen Faktenwissens und professioneller Kenntnisse über die Anwendung quellenkritischer Instrumentarien.

Darüber hinaus tangieren diese Kadermaterialien nur einzelne Biographieabschnitte, die zumeist die unmittelbare Tätigkeit für die KI und deren Partnerorganisationen oder den Aufenthalt in der Sowjet-

union betreffen. Um ein abgerundetes Lebensbild der interessierenden Person zu erhalten, kommt man letztlich nicht umhin, weitere Primär- und Sekundärquellen einzusehen. In diesem Zusammenhang soll auf die Literaturdatenbank auf der CD-ROM verwiesen werden. Sie umfasst 2 700 Titel, darunter auch jene, die bei der Erstellung der Personendatenbank genutzt wurden.

Die eingesetzte FileMaker-Software ist optimal für die computergestützte Stan-

dardisierung der verarbeiteten Datenmenge. Sie ist auch für Computerlaien einfach anwendbar und ermöglicht nach kurzer Orientierung eine problemlose Nutzung des „Handbuchs“ als Forschungsdatenbank. Es ist zu wünschen, daß die in ihr erstmals erschlossenen biographischen Materialien in vielen neuen Studien zur Kominterngeschichte Berücksichtigung finden.

*Peter Erler*